

Antworten der BayernSPD auf die Wahlprüfsteine des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter zur Landtagswahl am 14. Oktober 2018

I. Milchmarkt

Die regelmäßig wiederkehrenden Milchmarktkrisen haben nachhaltig negative wirtschaftliche Folgen für die Milchviehbetriebe. Das momentan uns von der Molkereiwirtschaft zugestandene durchschnittliche Milcherzeugerpreisniveau von rund 32 Cent je Kilogramm Milch lässt aufgrund stark steigender Futterkosten nicht einmal eine Kostendeckung der Milcherzeugung zu. An fällige Tilgungsraten von laufenden Investitions- und Liquiditätsdarlehen, Zukunftsinvestitionen, Risikovorsorge oder den Aufbau einer Altersvorsorge ist nicht ansatzweise zu denken.

Aufgrund strukturell vorhandener Milchüberschüsse werden von der Molkereiwirtschaft in regelmäßigen Abständen bestehende Milchkaufverträge aufgekündigt. Im Biomilchbereich gibt es eine ganze Reihe von Abnahmevereinbarungen, bei denen den Biomilchbauern nur der Preis für konventionell erzeugte Milch zugestanden wird. Nach wie vor ein großes Problemfeld ist die sehr schwache Marktstellung der Milchviehhalter, auch in Bayern. Im Sachstandsbericht des Bundeskartellamtes wurden die Defizite deutlich aufgezeigt.

Einer Bankrotterklärung gleich kommt die von der EU-Kommission an den Tag gelegte Auslagerungspraxis der während der vergangenen Milchkrise eingelagerten exorbitanten Mengen an Magermilchpulver gleich. Mit einem Erlös, der rund ein Drittel unter den Gestehungskosten liegt, wird versucht, die nach wie vor exorbitanten Interventionsbestände abzubauen. Das ist eine Verschwendung von Steuergeld von immensem Umfang, zudem verhindern die Interventionsbestände noch heute eine schnellere Markterholung.

Fragen:

1. Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengengrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?

Wir fordern seit Jahren Kriseninstrumente, welche Angebot und Nachfrage im Falle einer Krise wieder ins Gleichgewicht bringen. Für uns ist die Begrenzung der Menge, im Notfall auch ohne finanziellen Ausgleich, alternativlos. Die Wirksamkeit einer Mengenreduktion hat sich, wenn auch leider politisch viel zu spät umgesetzt, in der vergangenen Krise gezeigt.

2. Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage in Marktkrisenphasen alleine in der Branche?

Der Lebensmitteleinzelhandel sowie die Molkereien tragen sehr wohl einen erheblichen Anteil der Verantwortung für das Marktgeschehen. Die Branchenlösung alleine wird jedoch nicht funktionieren, es werden gesetzliche Vorgaben benötigt. Die Marktbeobachtung und das Frühwarnsystem sollten staatlich organisiert werden.

3. Wie stehen Sie zur Gründung von Branchenverbänden/-organisationen? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende Branchenorganisation Milch zugesprochen bekommen?

Aus unserer Sicht konnten die Branchenorganisationen bisher die Ansprüche nicht erfüllen, um adäquat auf die Marktkrise zu reagieren. Daher muss die Organisation der Branchenverbände weiter vorangetrieben und die Befugnis von allgemeinverbindlichen Vorgaben geschaffen werden, um im Krisenfall eine effektive Mengenreduktion zu organisieren.

4. Wie sieht Ihre Partei die Haltung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, in Milchmarktkrisenphasen den bisher vorhandenen Instrumenten des EU-Sicherheitsnetzes sowie einer Modernisierung der Lieferbeziehungen zu vertrauen?

Die vorhandenen Instrumente reichen nicht aus, wie auch das Sachstandspapier Milch-Lieferbedingungen des Bundeskartellamts gezeigt hat. Für uns ist klar, dass es dringenden Handlungsbedarf hinsichtlich der Vorgabe verbindlicher Verträge zwischen (v.a. genossenschaftlichen) Molkereien und Milchviehhaltern geben muss. Insbesondere die Mengen, der Preis und die Vertragsdauer müssen klar definiert werden.

Zudem darf es sich nicht wiederholen, dass die Bundesregierung eine Marktkrise als Vorwand nutzt, um dem gesamten land- und forstwirtschaftlichen Sektor weitere Steuernachlässe zu ermöglichen (Gewinn- bzw. Tarifglättung). Davon profitieren nur die großen, wirtschaftlich erfolgreichen Betriebe.

5. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

Ja, dies die BayernSPD Landtagsfraktion bereits mehrfach beantragt. Eine reine Branchenlösung wird definitiv nicht funktionieren. Daher werden wir uns für eine Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) auf Bundesebene einsetzen, um die Milchviehhalter innerhalb der Wertschöpfungskette zu stärken.

II. Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP 2020)

Die Diskussionen um die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik 2020 und der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) werden intensiv geführt. Der BDM e.V. sieht im Zusammenhang mit der GAP 2020 die Möglichkeit, die Landwirtschaft nachhaltig fit zu machen für die zahlreichen Aufgaben und Herausforderungen der Zukunft. Es geht um die Zukunft vitaler ländlicher Räume, Schaffung von Wertschöpfung und den Erhalt von vielen Arbeitsplätzen.

Mit der bisherigen starken Konzentration der GAP auf die Verteilung von Agrargeldern wird weder die schon in den römischen Verträgen genannte Zielsetzung, ein entsprechendes Pro-Kopf-Einkommen der landwirtschaftlichen Bevölkerung für eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten, noch eine Stabilisierung der Märkte erreicht. Aus Sicht des BDM muss zunächst mit der Weiterentwicklung der GMO hin zu wesentlich stabileren Märkten die Möglichkeit geschaffen werden, das Haupteinkommen aus dem Verkauf der Produkte erzielen zu können.

Nur wenn hier wichtige Reformschritte unternommen werden, kann man die GAP 2020 so gestalten, dass die vielfältigen Ziele der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik erreicht werden. Die Bäuerinnen und Bauern haben dann den finanziellen Spielraum, tiefer-greifende Veränderungen der GAP nicht nur mitzutragen, sondern auch umzusetzen.

Fragen:

1. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2020 neben der langfristigen Sicherung der Agrargelder vor allem auch mit deutlichen Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu befassen?

Die Veränderung der GMO ist dringend notwendig, um die Position der Erzeuger in der Wertschöpfungskette zu stärken. Das genossenschaftliche Privileg, mit Milchviehhaltern keine Verträge abschließen zu müssen, muss aufgehoben werden. Die GAP muss neben ökologischen Aspekten auch verstärkt soziale Ziele definieren und hierzu braucht es dringend ausreichende Preise für die Erzeuger.

2. Wie bewertet Ihre Partei den vorliegenden Vorschlag der Kommission zur Weiterentwicklung der GAP 2020?

Wir erkennen erste richtige Schritte, beispielsweise die Kappung der Direktzahlungen. Auch den Mitgliedsstaaten eine größere Verantwortung zu übertragen, ist richtig. Allerdings lehrt die Erfahrung, dass zwischen Reformvorschlag und tatsächlicher Reform Welten liegen können.

Die aktuelle GAP ist jedoch in vielen Bereichen gescheitert, so sind die ökologischen Leistungen durch das Greening, verbunden mit dem extrem hohen bürokratischen Aufwand, dringend reformbedürftig! Auch die Zielwirkung ist fraglich. Hier sehen wir noch erheblichen Nachbesserungsbedarf beim vorliegenden Vorschlag.

3. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2020 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten?

Die Tierhaltung wird aktuell in der GAP nicht genügend berücksichtigt – sie wird kaum erwähnt! Hier braucht es neuer Instrumente und die stärkere Berücksichtigung der tierhaltenden mittelständischen Betriebe (beispielsweise auch mit der Wiedereinführung einer Raufutterprämie). Auch die Förderung der benachteiligten Gebiete und die Förderung des Grünlandes sowie des Erhalts einer artenreichen Kulturlandschaft müssen intensiviert werden!

4. Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder/Direktzahlungen gelöst werden können?

Für uns gilt in erster Linie: öffentliches Geld für öffentliche Leistungen. Das Ziel der GAP muss die Generierung ausreichender Preise für die Produkte sein, Direktzahlungen sollten langfristig zu Gunsten der zweiten Säule zurückgefahren werden, eine effektive Kappung und die stärkere Förderung der ersten Hektare zur Existenzsicherung sind ein richtiger Schritt. Gleichzeitig muss die EU einen Mechanismus entwickeln, damit die Fördergelder nicht einfach an den Bodeneigentümer über die Pacht weitergereicht werden.

5. Gibt es in Ihrer Partei Gedanken, wie der mit der Beantragung der Agrargelder verbundene sehr große Bürokratie- und Kontrollaufwand abgebaut werden kann?

Der Digitalisierung und der zügige Ausbau der Breitbandverbindung im ländlichen Raum kommen hierbei Schlüsselfunktionen zu. Bundeseinheitliche,

benutzerfreundliche Antragsformulare sowie die freie Nutzung von staatlichen Geodaten sind weitere Schlagworte.

Außerdem sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass im gesamten Landwirtschaftsbereich ein Kontrollsystem analog zu den Ökokontrollstellen eingeführt wird (Single-Audit-Prinzip). Dies würde den Verfahrensaufwand deutlich reduzieren.

6. Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei, den Erhalt von Agrargeldern zukünftig mit konkret zu benennenden Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu verknüpfen?

Wir wollen die Gemeinsame Agrarpolitik klar an ökologischen UND sozialen Leistungen orientieren. Es wird zunehmend schwierig, die Agrargelder gegenüber dem Steuerzahler zu legitimieren. Wichtig ist jedoch, dass diese Neugestaltung nicht zu einer Mehrung der Bürokratie führen, die für die mittelständischen Betriebe bereits jetzt kaum mehr leistbar ist.